



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/231 - 6. 10. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 990

Einweise

auf den Inhalt:

Das Ergebnis von Luxemburg	S. 1
Nennis Mission in Peking	S. 3
Die Sowjetemigranten in der Bundesrepublik	S. 5
Schmeisseraffäre vor dem Bundestag	S. 6

---

## Vom Nein war nicht die Rede

P.R. Die Form, in der das Luxemburger Gespräch zwischen dem westdeutschen und französischen Regierungschef zustande kam, beweist ebenso wie sein Inhalt, wie sehr der Kanzler und der Ministerpräsident zweieinhalb Wochen vor der Abstimmung über das Saarstatut, von der Entwicklung im Saargebiet alarmiert sind. Die Dinge laufen ganz anders, als es sich die klugen Politiker auf beiden Seiten gedacht haben.

Dies ist, auf eine kurze Formel gebracht, der Sachverhalt: Die Mehrheit der Bevölkerung an der Saar will nicht auf ihre Zugehörigkeit zu Deutschland verzichten. Sie spürt aber sehr wohl, dass bei der Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses und bei einer Annahme des Saarstatuts ihr Land de facto und auf die Dauer beherrschendem französischem Einfluss ausgeliefert werden wird. Es beginnt allmählich grotesk zu werden, was alles unternommen wird, um diesen schlichten Tatbestand zu vernebeln und gegen die politischen Folgen, die sich daraus ergeben könnten, anzugehen.

In Luxemburg haben Adenauer und Faure, wie eine französische Zeitung es ausgedrückt hat, die Unterschriften wiederholt, die der Kanzler und Mendés-France vor einem knappen Jahr unter das Abkommen über das Saarstatut gesetzt hatten. Aber ganz so ist es nicht. Das Jahr, das seitdem vergangen ist, hat die allgemeine und auch die besondere Saarsituation radikal verändert. Was jetzt in Luxemburg verkündet und

unterfertigt wurde, stellt nach dem Zeitpunkt, auf der Höhe des Abstimmungskampfes, und nach dem Inhalt eine klare Einmischung in diese grosse politische Auseinandersetzung dar und damit einen Verstoss gegen jene vor einem Jahr getroffene Vereinbarung, die "jede von ausser kommende Einmischung, die zum Ziele hat, auf die öffentliche Meinung an der Saar einzuwirken" untersagte. Eine ausdrückliche gemeinsame deutsch-französische Befürwortung des Saarstatuts hat man zwar vermieden, aber der Inhalt der veröffentlichten gemeinsamen Erklärung stellt nichts anderes dar, und darauf allein kommt es an.

Das Kommuniqué selbst gibt interessanterweise zu, dass die Saarbevölkerung zu einem Ja zu einer Sache aufgefordert wird, deren eigentlichen Inhalt sie im Grunde gar nicht kennt. Denn es heisst darin, die Regierungschefs "erzielten Einverständnis darüber, dass die Einzelheiten des Statutes, die nach dessen Annahme durch die Saarbevölkerung noch der Ausarbeitung in Einvernehmen mit ihr bedürfen ...". Von der Möglichkeit eines Nein zu diesem Statut, die doch der Anlass zum ganzen Gespräch war und von der die ganze Welt heute schon als einer Wahrscheinlichkeit spricht, ist in der gemeinsamen Verlautbarung mit keinem Wort die Rede. Auch aus diesem völlig einseitigen Verhalten wird der propagandistische bzw. der Einmischungscharakter der gemeinsamen deutsch-französischen Stellungnahme klar. Dass die Möglichkeit dieses Neins schon im Statut nicht erwähnt ist, hätte die beiden Staatsmänner umso mehr veranlassen müssen, zu dieser besonderen Frage etwas zu sagen, wenn sie den Eindruck vermeiden wollten, dass es sich bei ihrer Zusammenkunft nur darum gehandelt hat, eine Werbeaktion für das Saarstatut zu veranstalten. Zumindesten der Bundeskanzler hätte darauf drängen müssen, denn er ist schliesslich der Vertreter der deutschen Interessen in dieser ganzen Angelegenheit. Aber davon war auch bei dieser Gelegenheit nichts zu spüren.

Eine andere Frage ist die nach Ursprung und Zweck dieses Blitzgespräches, wie man es genannt hat. Herr Hoffmann habe in Paris darauf sehr entschieden gedrängt, heisst es in manchen Informationen. Nach anderen habe Faure selbst ein dringendes Interesse an einer innerpolitischen Stärkung seiner Stellung durch einen Achtungserfolg in der Saarfrage gehabt. Ob sich freilich die nun zustandgekommene gemeinsame Erklärung der französischen und der westdeutschen Regierung

6. 10. 1955

für das Statut - denn darum handelt es sich, ob nun die Empfehlung direkt oder indirekt ausgesprochen wurde - im Sinne ihrer Erfinder auswirken wird, ist sehr ungewiss. Seitdem die Parteien im Saargebiet die Möglichkeit haben, frei ihre Meinung zu äussern, ist auch denen, die sich bisher damit begnügten, zu glauben, was man ihnen sagte, ein Licht über den Zusammenhang zwischen der inflationistischen Verwendung der europäischen Vokabel und dem französischen Interesse am Saargebiet aufgegangen. Das müssten sich eigentlich nicht nur Hoffmann und Faure, sondern auch der Bundeskanzler sagen. Diejenigen, denen ein solches Licht aufgegangen ist, sind ausserdem nicht nur auf die prodeutschen Parteien und ihre propagandistische Arbeit angewiesen. Sie werden sich der kürzlichen Ausführungen eines Mannes erinnern, den man gewiss als Verkümpfer des europäischen Gedankens ansprechen kann, Robert Schuman.

Pinay wünschte damals nicht persönlich hervorzutreten, erklärte sich aber damit einverstanden, dass Schuman möglichst bald eine Gelegenheit zur Umschreibung des französischen Standpunktes in der Saarfrage wahrnehmen sollte. Schuman tat dies am 25. September in Metz. Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete über den Passus, der in diesem Zusammenhang interessiert, folgendermassen: "Mit einem Nachdruck, der geradezu pathetisch wirkt, und nichts Alltägliches bedeutet, wenn man den friedlichen und gemässigten Stil der meisten Reden Schumans in Betracht zieht, erinnert er an die Entscheidung der Waffen, die den zweiten Weltkrieg abgeschlossen hat. Ohne es ausdrücklich zu sagen, bestätigt Schuman die in Paris herrschende These, dass der wirtschaftliche Anschluss der Saar für Frankreich eine Reparationsleistung bedeutet, die in Anbetracht der aggressiven Politik des Hitler-Reiches als berechtigt erscheint." Hier ist, wie man sieht, die europäische Fassade des Saarproblems einmal ganz abgebröckelt.

Dabei ist auch von solchen westdeutschen Stellen, die die Saarpolitik der Regierung Adenauer ablehnen, immer wieder gesagt worden, dass den berechtigten französischen Wirtschaftsinteressen an der Saar weitestgehend Rechnung getragen werden soll. Aber das darf nicht in einer Weise geschehen, die diese wirtschaftlichen Sonderbedürfnisse mit politischen Elementen so verknüpft, dass von einer freien Bestimmung der Saarbevölkerung über ihr eigenes politisches Schicksal nicht mehr die Rede sei. Auf dieser Linie liegt aber auch die Vereinbarung von Luxemburg.

Pietro Nenni Fahrt nach Osten

PE-Rom, Anfang Oktober

Als Pietro Nenni, der Führer der italienischen Linksozialisten, vor etwa zwei Wochen die große Reise antrat, die ihn nach Peking führen sollte, stattete er vor seiner Abfahrt dem Staatspräsidenten Gronchi, dem Ministerpräsidenten Segni und dem Außenminister Martino Höflichkeitsvisiten ab und besprach mit ihnen die zwischen Italien und den Großmächten des Ostens schwebenden politischen und wirtschaftlichen Probleme. Es ist bezeichnend für die Verhärtung der Beziehungen zwischen Regierung und Opposition, die sich im Laufe der Jahre in Italien herausgebildet hat, dass diese Vorsprachen Nennis großes Aufsehen erregten und Anlass zu den kühnsten Kombinationen boten.

In England hätte kein Mensch an dieser Schritt des Oppositionsführers etwas Verwunderliches gefunden und schon gar hätte niemand dem Regierungschef und dem Außenminister einen Vorwurf daraus gemacht, wie das in Italien vielfach geschehen ist, dass sie den Oppositionsführer empfangen. In Italien aber bestand lange Zeit eine Art von "eisernem Vorhang" zwischen Regierung und Opposition. Die Tatsache, dass Nenni vor seiner Asienreise Kontakt mit der Regierung suchte und auch fand, ist daher als sensationelle "Klimaänderung" empfunden worden. Man hat darin geradezu den ersten Schritt zu der vieldiskutierten "apertura a sinistra" erblicken wollen, zu jener Erweiterung der Regierungskoalition nach links, auf die seit längerem starke Kräfte im christlich-demokratischen Lager hinarbeiten.

Italien hat bisher die Peking Regierung nicht anerkannt und unterhält mit ihr keinerlei diplomatische Beziehungen. Es liegt daher nahe, dass Außenminister Martino sich gerne des sozialistischen Parteiführers bedient hat, um gewisse unoffizielle Kontakte mit Peking herzustellen. Nenni wird die Möglichkeit haben, die Chancen und Modalitäten einer italienisch-chinesischen Annäherung zu studieren. In Moskau, wo er unterwegs Station machte, gewährte er dem Korrespondenten des römischen "Messaggero" ein Interview, in dem er einige sehr interessante Anschauungen entwickelte.

Über seine Ansicht zum Deutschland-Problem befragt, äußerte Nenni, er glaube, dass sich mit der Zeit die Möglichkeit für eine Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands herauskristallisieren werde, parallel mit einer Loslösung des geeinten Deutschland sowohl vom West- wie vom Ostblock. Dieses wiedervereinigte Deutschland werde auf Grund freier Wahlen eine "sozialistische Etikette" erhalten. Die gegenwärtige kommunistische Staats- und Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands werde bis auf geringfügige Reste wiederum verschwinden.

Es braucht nicht hervorgehoben werden, dass sich diese Anschauungen Nennis von denen der russischen wie auch der ostdeutschen Machthaber sehr wesentlich unterscheiden und ungefähr auf der Linie des von den deutschen Sozialdemokraten vertretenen Programms liegen. Wenn Nenni diese Gedanken gerade während seines Aufenthaltes in Moskau geäußert hat und sich als Sprachrohr der der Regierung nahestehenden "Messaggero" bediente, so wird man darin wohl die Absicht erblicken dürfen, die italienische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Nenni nicht einfach ein sturer Nachbeter kommunistischer Parolen ist, sondern sich bemüht, einen "dritten Weg" zwischen West und Ost zu beschreiten.

Im weiteren Verlauf seines "Messaggero"-Interviews kam Nenni dann auf die italienisch-chinesischen Beziehungen zu sprechen und meinte, es bestehe sehr wohl die Möglichkeit einer Anerkennung Rot-Chinas durch Italien. Einer solchen stehe gar nicht so sehr ein zu befürchtender Einspruch Amerikas entgegen - da die Vereinigten Staaten einen solchen Schritt ohne ernsthafte Verärgerung hinnehmen würden-, als vielmehr die unnachgiebige Haltung des Vatikans, der um die katholischen Missionen in China besorgt sei. Auch die vor Italien neuerdings wieder angestrebte Aufnahme in die Vereinten Nationen dürfte, wie Nenni meint, keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Sie wäre - so fügte Nenni mit einer unvermuteten Wendung ins Persönliche hinzu - bereits im Jahre 1947 erfolgt, wenn er, Nenni, damals nur drei Monate länger Außenminister geblieben wäre.

Darf man in dieser letzten Äußerung die Annäherung eines Anspruches für die Zukunft erblicken? Hat Nenni die Ambition nicht aufgegeben, dereinst im Zeichen der "apertura a sinistra" von neuem als Hausherr in den Palazzo Chigi einzuziehen?

Das Asylrecht muß gewahrt bleiben

O.H. Die vom Ministerpräsidenten Bulganin auf der Moskauer Konferenz der deutschen Regierungsdelegation unterbreitete Forderung nach Rückführung der in der westdeutschen Bundesrepublik lebenden sowjetischen Staatsbürger dürfte mancherlei Komplikationen und Schwierigkeiten mit sich bringen. Allein schon die von Bulganin genannte Zahl von über hunderttausend Sowjetbürgern in der Bundesrepublik deckt sich bei weitem nicht mit den amtlichen deutschen Angaben. Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass es in der Bundesrepublik nur 13 571 sowjetische Staatsbürger gibt, von welchen die kleinere Hälfte erst nach Kriegsende hier eintraf. Nur bei diesen Personen ist die Rechtslage so weit klar, dass - um mit den Worten Bulganins zu sprechen - "die Sowjetregierung es für ihre Pflicht halten kann, auch für den Schutz derjenigen Sowjetbürger einzutreten, die sich unter bestimmten Verhältnissen schlecht gegenüber der Heimat benommen haben". Voraussetzung aber ist, dass diese Personen überhaupt bereit sind, den Schutz ihrer Regierung in Anspruch zu nehmen.

Nach der Rechtsauffassung der Sowjets sind auch die Angehörigen der ehemaligen baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen), deren es in der Bundesrepublik 23 304 gibt, Sowjetbürger. Schon hier wird die Sache kompliziert. Es ist bekannt, dass die Einverleibung dieser Staaten in die UdSSR im Jahre 1940 zwar mit Zustimmung der damaligen deutschen Regierung erfolgte, von den Westmächten aber bisher nicht anerkannt wurde. Welchen Standpunkt wird die Bundesregierung in bezug auf die heimatlosen Ausländer aus dem Baltikum einnehmen? Vom Statistischen Bundesamt werden sie nur noch in Klammern als gesonderte Staatsangehörige aufgeführt.

Noch komplizierter dürfte sich die Frage der 50 971 Staatenlosen in der Bundesrepublik darstellen. Ein großer Teil von ihnen sind ehemalige russische Staatsangehörige, auf die Bulganin seinen Anspruch ebenfalls angemeldet hat. Hinzu kommen die aus den an die UdSSR abgetretenen ehem. polnischen Ostgebieten stammenden Ukrainer, Weißrussen usw., die in der deutschen Statistik noch als polnische

Staatsangehörige geführt werden. Auch sie werden von den Sowjets als ihre Bürger betrachtet.

Es ist verständlich, dass sich dieser Menschen angesichts der offen ausgesprochenen sowjetischen Forderung eine Unruhe bemächtigt hat. Hinzu kommt eine seit Anfang dieses Jahres von Ost-Berlin aus gesteuerte intensive Propaganda für die Rückkehr in die sowjetische Heimat. Ohne Zweifel blieben diese Leute aus eigenem freien Willen hier im Westen zurück oder kamen nach 1945 hierher, weil sie die sowjetische Herrschaft nicht erdulden wollen oder weil sie politische Verfolgungen befürchten müssen. Bulganin hingegen sprach von böswilliger Propaganda und Terror, durch welche die Emigranten behindert werden, in ihre Heimat zurückzukehren. Hat denn die erfolglose Tätigkeit der sowjetischen Repatriierungskommission in Westdeutschland in den Jahren nach 1945 die ablehnende Haltung der russischen Emigranten nicht zur Genüge bewiesen? Oder gibt sich Moskau etwa der Illusion hin, dass bei den Emigranten inzwischen ein Stimmungsumschwung eingetreten ist?

Aufgabe aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik wird es sein, darauf zu achten, dass diejenigen Sowjetbürger, die hier politische Zuflucht gesucht haben, auch nach Errichtung einer sowjetischen diplomatischen Vertretung in ihrer freien Willensentscheidung nicht beeinträchtigt werden.

\* \* \*

#### Ein Gebot der Selbstachtung

sp - Der Bundeskanzler war gut beraten, als er in einem Schreiben an den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier um Vorverlegung der großen Anfrage der SPD zum Ausgang des Schmeißerprozesses auf den 12. Oktober bat. Die Beantwortung dieser Anfrage hätte sonst auf der Bundestagsitzung in Berlin erfolgen müssen. Das wäre sicherlich kein guter Auftakt gewesen. Daran konnte keine Partei ein Interesse haben. Die erste einwöchentliche Sitzungsperiode in Berlin, zu der sich der Bundestag als wirkungsvolle Bekundung seiner Treuhänderrolle für ganz Deutschland entschloss, soll der Behandlung besserer Themen als der Durchleuchtung der Schmeißeraffäre dienen. Und das ist gut so.

Die deutsche Öffentlichkeit sieht der Beantwortung der großen Anfrage mit großer Spannung entgegen. Das unerwartete Ende des Schmeißer-Prozesses, die überraschende Zurücknahme der Strafanträge der Nebenkläger, die Nichtzurücknahme der schwerwiegenden Behauptungen

tungen seitens der Angeklagten, löste eine Schockwirkung aus, die noch lange anhalten wird. Jedermann hatte und hat das dumpfe und bedrückende Gefühl, hier sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen, hier werde wieder im Dunklen gehalten, was der Erhellung und Durchleuchtung bedurfte. Dieser Schock ging durch alle Schichten der Bevölkerung, durch alle Parteien. Selbst die kanzlertreue Presse konnte sich dessen Auswirkungen nicht entziehen. Niemand wird dem "Rheinischen Merkur" widersprechen, wenn er, freilich in besonderer, aber für ihn verständlicher Zurückhaltung vor einem "unbefriedigenden Vergleich" spricht, der eine gründliche Klarstellung verlangt.

Und darauf kommt es vor allen an. Es geht nicht um Adenauer, Blankenhorn und Reifferscheidt und um deren "lädiertes Ansehen" (Rheinischer Merkur), es geht hier in erster Linie um die Sauberkeit des öffentlichen Lebens, ohne die ein Staatswesen auf die Dauer nicht bestehen kann. Ungeklärte Skandale können einen Staat zugrunde richten, das Vertrauen der Bürger zum Staate erschüttern und aushöhlen. Die Bundesrepublik kann ohne die jetzt im Zwielficht erscheinenden Nebenkörper bestehen, nicht denkbar aber ist es, dass in einer parlamentarischen Demokratie der Aufklärung bedürftige Vorgänge - und mögen sie noch so unangenehm für die daran Beteiligten sein - ungeklärt bleiben. Hier kann auch nicht die Berufung auf die höhere Staatsraison gelten. Die Opposition hätte nur ihre selbstverständliche Pflicht, wenn sie durch ihre große Anfrage in Sachen Schmeißerprozess die Regierung veranlassen will, nun das zu tun, wozu die Justiz wegen der von den Weberklägern eingenommenen Haltung nicht in der Lage war: die Hintergründe um fünf Jahre zurückliegende Vorgänge aufzuhellen, die die Spitzen der CDU in einem recht fragwürdigen Licht erscheinen lassen. Denn die Aufklärung dieser Erscheinungen aus der westdeutschen Nachkriegsgeschichte verlangt nicht nur die gesamte öffentliche Meinung, sondern vor allem auch das staatspolitische Interesse und vielleicht in noch höherem Grade die Achtung vor der Sauberkeit unserer Parlamentsdemokratie. Darüber Zweifel bestehen zu lassen, hieße die Art an die Wurzel des demokratischen Staates zu legen.

\* \* \*

#### Die richtige Antwort

sp - In Bayern wurde kürzlich ein - man lese und staune - "Arbeitskreis zur Neuorientierung der SPD in Bayern" begründet. Hier handelt es sich um einen erneuten Versuch, eine neue Tarnorganisation zur Spaltung der freien Arbeiterbewegung zu starten. Ähnliche Gründungen stehen auch in anderen Ländern der Bundesrepublik bevor. Die Pressekorrespondenz des SPD-Landesverbandes Bayern bemerkte zu diesem plumpen KP-Manöver:

"Jeder politisch interessierte Mensch merkt nach den ersten Sätzen der von obigem Arbeitskreis verbreiteten Erklärungen und Entschuldigungen die eindeutige sowjetzonale Phraseologie, die in Westdeutschland nur noch durch hier und da erscheinende KPD-Pressorgane geboten wird.

Der Versuch, mit der Bezeichnung "Arbeitskreis zur Neuorientierung der SPD in Bayern" den Anschein zu erwecken, es handle sich hier um einen legalen Teil der Sozialdemokratischen Partei, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil der demokratische Sozialismus sich unmißverständlich von dem totalitären sowjetischen und sowjetzonalen Regime unterscheidet."